

**Transkription des Interviews mit Friedhelm Hengsbach im „Deutschlandfunk“ vom 31.8.2008** (siehe <http://www.dradio.de/dlf/vorschau/>)

<i>Version 1: Wörtliche Transkription</i>	<i>Version 2: Behutsam sprachlich geglättete Transkription mit minimalen Kürzungen</i>
<p><i>Deutschlandfunk (dlf): Friedhelm Hengsbach, Jesuitenpater, Sozialethiker und emeritierter Lehrbeauftragter an der philosophisch-theologischen Hochschule Sankt Georgen: Guten Morgen, Herr Professor Hengsbach.</i></p> <p>Friedhelm Hengsbach (FH): Guten Morgen, Herr Kuzern [?], ich wünsche Ihnen einen schönen Sonntag.</p>	<p><i>Deutschlandfunk (dlf): Friedhelm Hengsbach, Jesuitenpater, Sozialethiker und emeritierter Lehrbeauftragter an der philosophisch-theologischen Hochschule Sankt Georgen: Guten Morgen, Herr Professor Hengsbach.</i></p> <p>Friedhelm Hengsbach (FH): Guten Morgen, Herr Kuzern [?], ich wünsche Ihnen einen schönen Sonntag.</p>
<p><i>dlf: 15 Prozent weniger - das tut weh. Aber 3,5 Prozent mehr bei den Besserverdienenden, das ist doch weit entfernt von den Managereinkünften, die wir als unanständig empfinden - nicht aus einem sozialistischen Neidkomplex heraus, sondern weil sie den Gedanken nahelegen, Leute an wichtigen Schaltstellen unserer Gesellschaft hätten die Empfindsamkeit gegenüber dem realen Leben verloren. Sind diese Ziffern Anlass genug, Alarm zu schlagen?</i></p> <p>FH: Also, die Empörung über die Spitzengehälter, die halte ich genauso für fehlgeleitet wie also die Empörung über die angeblich nicht arbeitswilligen Langzeitarbeitslosen. Das ist ein Versuch, gesellschaftliche Krisen zu individualisieren. Aber diese Untersuchung, die jetzt vorliegt, zeigt ja einfach, dass der wirtschaftliche konjunkturelle Aufschwung verbunden ist mit Folgen für eine tiefverwundete Gesellschaft. Das heißt, die Spaltung der Gesellschaft schon in der Mitte, das heißt also gleichsam in der Mittelschicht, ist gewachsen. Und das ist ja im Grunde nichts anderes als was der „3. Armuts- und Reichtumsbericht“ vor einigen Monaten schon veröffentlicht hat, was aber insgesamt in der Öffentlichkeit ziemlich untergegangen ist.</p>	<p><i>dlf: 15 Prozent weniger - das tut weh. Aber 3,5 Prozent mehr bei den Besserverdienenden, das ist doch weit entfernt von den Managereinkünften, die wir als unanständig empfinden - nicht aus einem sozialistischen Neidkomplex heraus, sondern weil sie den Gedanken nahelegen, Leute an wichtigen Schaltstellen unserer Gesellschaft hätten die Empfindsamkeit gegenüber dem realen Leben verloren. Sind diese Ziffern Anlass genug, Alarm zu schlagen?</i></p> <p>FH: Die Empörung über die Spitzengehälter halte ich genauso für fehlgeleitet wie die Empörung über die angeblich nicht arbeitswilligen Langzeitarbeitslosen. Das ist ein Versuch, gesellschaftliche Krisen zu individualisieren. Aber diese Untersuchung, die jetzt vorliegt, zeigt, dass der wirtschaftliche konjunkturelle Aufschwung verbunden ist mit Folgen für eine tiefverwundete Gesellschaft. Das heißt, die Spaltung der Gesellschaft schon in der Mitte, in der Mittelschicht, ist gewachsen. Und das ist ja im Grunde nichts anderes als das, was der „3. Armuts- und Reichtumsbericht“ vor einigen Monaten schon veröffentlicht hat. Das ist aber insgesamt in der Öffentlichkeit ziemlich untergegangen.</p>

*dlf: Anatole France sagt: „Das Gesetz in seiner kalten Majestät verbietet Armen und Reichen gleichermaßen, unter den Brücken der Seine zu schlafen“ Damit wären wir beim Problem der indirekten Steuern. Die Große Koalition windet sich Lorbeerkränze wegen der Überwindung des Haushaltsdefizits und rechnet damit zurecht mit der gegenwärtigen Vergesslichkeit der Leute - nämlich dass sie mit der kruden Anhebung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent den Bürger in Haftung genommen hat. Muß man nicht immer wieder deutlich machen, dass indirekte Steuern zwar ein probates Mittel darstellen, Steuerhinterziehung ihrem kreativen Moment zu berauben, sie aber schlicht unsozial sind, weil sie Arm und Reich gleichermaßen treffen?*

FH: Ja, selbstverständlich. Also ich denke, dass die Steuerpolitik der rot-grünen Koalition, nicht so aber vor allen Dingen jetzt der großen Koalition am Anfang, ausgesprochen gegen die untere Einkommensschicht gerichtet war. Es wird zwar immer gesagt, dass die sogenannten Leistungsträger, also 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen, fast 50 Prozent des Steueraufkommens aufbringen. Aber das ist ja nur die Einkommensteuer. Man muss sehen, dass also praktisch die Steuern sich in den letzten 30 Jahren absolut verlagert haben: Dass die Lohnsteuer früher gleichsam 10 Prozent zum gesamten Steueraufkommen [unverständlich; sinngemäß: „beitrag“] - vor 30 Jahren - und dass sie jetzt auf ein Drittel gestiegen ist. Und umgekehrt: Der Anteil der Gewinn- und damals auch noch der Vermögensteuer, der betrug 30 Prozent am gesamten Steueraufkommen und jetzt ist er auf die Hälfte heruntergegangen. Also es hat sich eine Umverteilung zulasten der unteren Einkommensschichten ergeben, weil nämlich die Mehrwertsteuer, die Verbrauchssteuern, die Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und auch die Gebühren, Abgaben und sonstigen Verpflichtungen eben halt die Masse der Bevölkerung treffen. Und das ist eigentlich eine, ich würde mal sagen, da wird eine Legende gestrickt, dass praktisch die Leistungsträger eben auch die großen Beitragszahlenden sind für die öffentlichen Aufgaben und das stimmt nicht.

*dlf: Anatole France sagt: „Das Gesetz in seiner kalten Majestät verbietet Armen und Reichen gleichermaßen, unter den Brücken der Seine zu schlafen“ Damit wären wir beim Problem der indirekten Steuern. Die Große Koalition windet sich Lorbeerkränze wegen der Überwindung des Haushaltsdefizits und rechnet damit zurecht mit der gegenwärtigen Vergesslichkeit der Leute - nämlich dass sie mit der kruden Anhebung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent den Bürger in Haftung genommen hat. Muß man nicht immer wieder deutlich machen, dass indirekte Steuern zwar ein probates Mittel darstellen, Steuerhinterziehung ihres kreativen Moments zu berauben, sie aber schlicht unsozial sind, weil sie Arm und Reich gleichermaßen treffen?*

FH: Ja, selbstverständlich. Ich denke, dass die Steuerpolitik der rot-grünen Koalition, nicht so aber der großen Koalition am Anfang, ausgesprochen gegen die untere Einkommensschicht gerichtet war. Es wird zwar immer gesagt, dass die sogenannten Leistungsträger, also 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen, fast 50 Prozent des Steueraufkommens aufbringen. Aber das ist ja nur die Einkommensteuer. Man muss sehen, dass praktisch die Steuern sich in den letzten 30 Jahren absolut verlagert haben: Dass die Lohnsteuer vor 30 Jahren 10 Prozent zum gesamten Steueraufkommen [unverständlich; sinngemäß: „beitrag“] und dass sie jetzt auf ein Drittel gestiegen ist. Und umgekehrt: Der Anteil der Gewinn- und damals auch noch der Vermögensteuer, der betrug 30 Prozent am gesamten Steueraufkommen und jetzt ist er auf die Hälfte heruntergegangen. Es hat sich also eine Umverteilung zulasten der unteren Einkommensschichten ergeben, weil nämlich die Mehrwertsteuer, die Verbrauchssteuern, die Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und auch die Gebühren, Abgaben und sonstigen Verpflichtungen die Masse der Bevölkerung treffen. Da wird eine Legende gestrickt, dass praktisch die Leistungsträger eben auch die großen Beitragszahlenden sind für die öffentlichen Aufgaben und das stimmt nicht.

*dlf: Das heißt, die mir vorliegende Rechnung, dass 80 Prozent des Steueraufkommens vom oberen Segment erbracht werden, ist ein Trick, weil es sich nur auf die direkten Steuern bezieht?*

FH: Ja, eben. Und die indirekten Steuern treffen ja eben halt die unteren Einkommensschichten in besonderer Weise. Und das ist ja auch das, was im Grunde der Hintergrund dieser ungleichen Verteilung der Einkommen ist. Meiner Meinung nach sind die drei Stellgrößen in der vergangenen Zeit durch Rot-Grün und auch durch die Große Koalition brüchig geworden, außer Kraft gesetzt oder zumindest gelähmt. Das ist einmal die Tarifautonomie. Deshalb gibt es die Schieflage der Verteilung und den Niedriglohnsektor, die Minijobs und dass eben 2 Millionen Beschäftigte einen Stundenlohn von etwa 5 Euro beziehen. Zweitens der Sozialstaat, das haben Sie eben schon genannt: Die Renten-, Gesundheitsmaßnahmen, die steuerpolitischen Maßnahmen und die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen - Hartz IV - haben eben halt zu dieser Spaltung, Zersetzung der Gesellschaft geführt. Und schließlich, das [ist] die dritte Stellgröße, man hat die Aufsicht und Kontrolle der Finanzmärkte, ich meine, vernachlässigt und hat also sie gleichsam entfesselt und damit eben halt den gesamten Bereich der Finanzmärkte völlig umgekrempelt.

*dlf: Sie nannten den Armutsbericht. Sollten wir mit dem Begriff „arm“ nicht etwas vorsichtiger umgehen, denn im herkömmlichen Sinn bedeutet „arm“ zu wenig oder nichts Gesundes zum essen zu haben, nicht über angemessenen Wohnraum zu verfügen, zu frieren, weil man nicht heizen kann, auf eine Altkleidersammlung angewiesen zu sein. „Arm“ im soziologisch-wissenschaftlichen Sinne meint, weniger als die Hälfte des nationalen Durchschnittseinkommens zu beziehen. Das führt dazu, dass beispielsweise wirklich arme Rentnerinnen von ihrem wenigen Geld etwa spenden für einen Zweck, der eigentlich reicher ist als sie [sic], und dass mit zunehmender Aufklärung über diesen Sachverhalt der Begriff „arm“ nicht sonderlich alarmiert. Tut uns die Wissenschaft da einen Bärendienst an?*

*dlf: Das heisst, die mir vorliegende Rechnung, dass 80 Prozent des Steueraufkommens vom oberen Segment erbracht werden, ist ein Trick, weil es sich nur auf die direkten Steuern bezieht?*

FH: Ja, eben. Und die indirekten Steuern treffen die unteren Einkommensschichten in besonderer Weise. Und das ist ja auch das, was der Hintergrund dieser ungleichen Verteilung der Einkommen ist. Meiner Meinung nach sind die drei Stellgrößen in der vergangenen Zeit durch Rot-Grün und auch durch die Große Koalition brüchig geworden, außer Kraft gesetzt oder zumindest gelähmt. Das ist einmal die Tarifautonomie. Deshalb gibt es die Schieflage der Verteilung und den Niedriglohnsektor, die Minijobs und 2 Millionen Beschäftigte, die einen Stundenlohn von etwa 5 Euro beziehen. Zweitens der Sozialstaat: Die Renten-, Gesundheitsmaßnahmen, die steuerpolitischen Maßnahmen und die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen - Hartz IV - haben zu dieser Spaltung, Zersetzung der Gesellschaft geführt. Und schließlich, das ist die dritte Stellgröße, man hat die Aufsicht und Kontrolle der Finanzmärkte vernachlässigt, hat also sie gleichsam entfesselt und damit den gesamten Bereich der Finanzmärkte völlig umgekrempelt.

*dlf: Sie nannten den Armutsbericht. Sollten wir mit dem Begriff „arm“ nicht etwas vorsichtiger umgehen, denn im herkömmlichen Sinn bedeutet „arm“ zu wenig oder nichts Gesundes zum essen zu haben, nicht über angemessenen Wohnraum zu verfügen, zu frieren, weil man nicht heizen kann, auf eine Altkleidersammlung angewiesen zu sein. „Arm“ im soziologisch-wissenschaftlichen Sinne meint, weniger als die Hälfte des nationalen Durchschnittseinkommens zu beziehen. Das führt dazu, dass mit zunehmender Aufklärung über diesen Sachverhalt der Begriff „arm“ nicht sonderlich alarmiert. Tut uns die Wissenschaft da einen Bärendienst an?*

FH: Die Armut in Deutschland ist nicht die Armut in Bangladesch - das weiss allmählich jeder. Aber die Europäische Gemeinschaft hat den

FH: Die Europäische Gemeinschaft hat sich darauf festgelegt, den Armutsbegriff, der ja immer relativ ist - die Armut in Deutschland ist nicht die Armut in Bangladesch - das weiss allmählich auch jeder. Aber die Europäische Gemeinschaft hat ihn so definiert, dass 70 Prozent des Durchschnittseinkommens, also relativ gesehen, die Armutsschwelle definiert, das Armutsrisiko definiert. Man kann natürlich schon unterscheiden zwischen der absoluten Armut und der relativen Armut. Aber die relative Armut hier in Deutschland, wenn Sie hier die Hartz IV-Grenze nehmen, das Existenzminimum, das reicht ja eben nicht für Haushalte mit Kindern, es reicht nicht für Alleinerziehende und es reicht auch nicht für diejenigen, die praktisch neben ihrer Arbeit auch noch Hartz 4-Empfänger sind. Also insofern gibt es natürlich auch in Deutschland eine Grenze. Man sieht das ja durch die Tafeln, durch die Suppenküchen, durch die privaten Initiativen, die praktisch die Defizite des Sozialstaats jetzt ausgleichen und ausgleichen müssen, dass es hier in Deutschland nicht nur bekämpfte Armut gibt, mit der man leben kann, sondern dass es darunter eben gerade im Kampf gegen die Armut praktisch das Existenzminimum nicht überboten wird.

Armutsbegriff so definiert, dass 70 Prozent des Durchschnittseinkommens, also relativ gesehen, die Armutsschwelle definiert. Man kann unterscheiden zwischen der absoluten Armut und der relativen Armut. Wenn Sie hier die Hartz IV-Grenze nehmen, das Existenzminimum, das reicht nicht für Haushalte mit Kindern, es reicht nicht für Alleinerziehende und es reicht auch nicht für diejenigen, die praktisch neben ihrer Arbeit auch noch Hartz IV-Empfänger sind. Insofern gibt es in Deutschland eine Grenze. Man sieht das ja durch die Tafeln, durch die Suppenküchen, durch die privaten Initiativen, die praktisch die Defizite des Sozialstaats ausgleichen müssen, dass es hier in Deutschland nicht nur bekämpfte Armut gibt, mit der man leben kann, sondern dass im Kampf gegen die Armut das Existenzminimum nicht überboten wird.

*dlf: Sie wiesen gerade auf die Kinder hin. Von Kinder kann man ja nun nicht jene Weisheit des über den Markt scheidenden Diogenes erwarten, der vergnügt feststellte: „Was gibt es nicht alles für Dinge, die ich nicht brauche!“ - Kinder befinden sich in Konkurrenz zu den Altersgenossen, leiden unter Ungleichheit. Warum lassen sich so einfache Dinge wie einheitliche Schulkleidung, die den Wettbewerb um Markenkleidung verhindert, nicht verwirklichen?*

FH: Ja, also ich denke, das ist also auch nur eine Symptombehandlung. Es geht doch zunächst einmal darum, dass meiner Meinung nach die erste Stellgröße der Einkommensverteilung und Vermögensverteilung, die Tarifautonomie, nicht funktioniert. Die ganze Debatte über Niedriglöhne, über Hartz IV-Empfänger, über Langzeitarbeitslose, die den Anschluss nicht finden und ausgeschlossen sind aus der wirtschaftlichen Einbindung und der gesellschaftlichen Beteiligung, setzt doch genau da an, dass die Gewerkschaften oder die Betriebsräte oder die abhängig Beschäftigten gegenwärtig nicht auf gleicher Augenhöhe

*dlf: Sie wiesen gerade auf die Kinder hin. Von Kinder kann man ja nun nicht jene Weisheit des über den Markt scheidenden Diogenes erwarten, der vergnügt feststellte: „Was gibt es nicht alles für Dinge, die ich nicht brauche!“ - Kinder befinden sich in Konkurrenz zu den Altersgenossen, leiden unter Ungleichheit. Warum lassen sich so einfache Dinge wie einheitliche Schulkleidung, die den Wettbewerb um Markenkleidung verhindert, nicht verwirklichen?*

FH: Ja, also ich denke, das ist also auch nur eine Symptombehandlung. Es geht doch zunächst einmal darum, dass meiner Meinung nach die erste Stellgröße der Einkommensverteilung und Vermögensverteilung, die Tarifautonomie, nicht funktioniert. Die ganze Debatte über Niedriglöhne, über Hartz IV-Empfänger, über Langzeitarbeitslose, die den Anschluss nicht finden und ausgeschlossen sind aus der wirtschaftlichen Einbindung und der gesellschaftlichen Beteiligung, setzt doch genau da an, dass die Gewerkschaften oder die Betriebsräte oder die abhängig Beschäftigten gegenwärtig nicht auf gleicher Augenhöhe mit den Kapitaleignern

mit den Kapitaleignern verhandeln können. Die gesamte Orientierung der Wirtschaft auf den Finanzbereich oder die Dominanz der Finanzmärkte gegenüber der realen Wirtschaft, das ist doch eigentlich der Strukturbruch, der diese Schieflagen der Verteilung selbst in der Mitte schon bis nach unten verursacht hat.

verhandeln können. Die gesamte Orientierung der Wirtschaft auf den Finanzbereich oder die Dominanz der Finanzmärkte gegenüber der realen Wirtschaft, das ist doch eigentlich der Strukturbruch, der diese Schieflagen der Verteilung selbst in der Mitte schon bis nach unten verursacht hat.

*dlf: Das Subsidiaritätsprinzip ist keine Erfindung der EU, sondern stammt aus der katholischen Soziallehre. Das meint, dass man erst von unten hilft und nur, wenn diese Ebene es nicht mehr schafft, die nächsthöhere in die Pflicht kommt. Die Familien stehen für ihre Angehörigen ein, die Sozialkassen werden von den Kommunen verwaltet. Aber das Unheil, wenn ich mich so ausdrücken darf, wird im Bund angerichtet - wird damit das Subsidiaritätsprinzip unterlaufen?*

*dlf: Das Subsidiaritätsprinzip ist keine Erfindung der EU, sondern stammt aus der katholischen Soziallehre. Das meint, dass man erst von unten hilft und nur, wenn diese Ebene es nicht mehr schafft, die nächsthöhere in die Pflicht kommt. Die Familien stehen für ihre Angehörigen ein, die Sozialkassen werden von den Kommunen verwaltet. Aber das Unheil, wenn ich mich so ausdrücken darf, wird im Bund angerichtet - wird damit das Subsidiaritätsprinzip unterlaufen?*

FH: Nein, ich denke, das Subsidiaritätsprinzip bedeutet doch, dass die Menschen, die Einzelnen in die Lage versetzt werden sollen - und das ist auch der Anspruch und das Versprechen der Arbeitsgesellschaft - zunächst mal durch ihre eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen. Und wenn also gerade auf dem Arbeitsmarkt oder genau im wirtschaftlichen Bereich, diese Gelegenheit, die ja praktisch nicht den Einzelnen angelastet werden kann, ob sie erreicht wird oder nicht erreicht wird, von der Gesellschaft nicht mehr angeboten wird, dann darf ich auch jetzt nicht die Einzelnen nicht in Pflicht nehmen. Ich habe den Eindruck, dass die Bereiche von Pflichten und Rechten sich umgekehrt haben. Früher war es so: Die Gesellschaft sorgt dafür, dass jeder, der arbeiten will und arbeiten kann, eine Arbeitsgelegenheit findet. Heute ist es so, dass erst einmal die Einzelnen sich eine Arbeit verschaffen müssen oder jedenfalls einen Beitrag liefern müssen, dass sie eine Arbeitsgelegenheit finden, auch unter miserablen Bedingungen, und dann belohnt sie die Gesellschaft mit entsprechenden Zahlungen. Also es hat sich genau umgekehrt: Die Bringschuld der Gesellschaft wird zurückgenommen und die Verpflichtung der Einzelnen, für sich selbst zu sorgen, obwohl das in einer solchen arbeitsteiligen und differenzierten Gesellschaft gar nicht geht, wird herausgekehrt.

FH: Nein, das Subsidiaritätsprinzip bedeutet doch, dass die Menschen, die Einzelnen in die Lage versetzt werden sollen - und das ist auch der Anspruch und das Versprechen der Arbeitsgesellschaft - durch ihre eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen. Und wenn gerade auf dem Arbeitsmarkt oder im wirtschaftlichen Bereich, diese Gelegenheit von der Gesellschaft nicht mehr angeboten wird, dann darf ich auch nicht die Einzelnen nicht in Pflicht nehmen. Ich habe den Eindruck, dass die Bereiche von Pflichten und Rechten sich umgekehrt haben. Früher war es so: Die Gesellschaft sorgt dafür, dass jeder, der arbeiten will und arbeiten kann, eine Arbeitsgelegenheit findet. Heute ist es so, dass erst einmal die Einzelnen sich eine Arbeit verschaffen müssen oder jedenfalls einen Beitrag liefern müssen, dass sie eine Arbeitsgelegenheit finden, auch unter miserablen Bedingungen, und dann belohnt sie die Gesellschaft mit entsprechenden Zahlungen. Es hat sich also genau umgekehrt: Die Bringschuld der Gesellschaft wird zurückgenommen und die Verpflichtung der Einzelnen, für sich selbst zu sorgen, obwohl das in einer solchen arbeitsteiligen und differenzierten Gesellschaft garnicht geht, wird herausgekehrt.

*dlf: Professor Friedhelm Hengsbach, katholischer Sozialethiker: Danke nach Frankfurt!*

FH: Bitteschön, auf Wiederhören!

*dlf: Professor Friedhelm Hengsbach, katholischer Sozialethiker: Danke nach Frankfurt!*

FH: Bitteschön, auf Wiederhören!